

Braucht Basel eine neue Geschichte? Debatten zur Kantongeschichte in der baselstädtischen Politik

Autor(en): **Inglin, Oswald / Koellreuter, Isabel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **111 (2011)**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-391679>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Braucht Basel eine neue Geschichte? Debatten zur Kantonsgeschichte in der baselstädtischen Politik

Von Oswald Inglin und Isabel Koellreuter

«Je rascher sich die Welt äusserlich verändert, um so mehr bedürfen die Angehörigen eines Gemeinwesens historischer Arbeit – als Fundus für klares Bewusstsein und ruhiges Handeln, nicht zur Legitimation von Einzelheiten, sondern zur Darstellung der Vielfalt und Veränderbarkeit». Mit diesen Worten leitete die sozialdemokratische Grossrätin Monika Schib Stirnimann in einem Anzug vom 13. Oktober 1987 an den Basler Regierungsrat den Wunsch nach einer neuen Kantonsgeschichte ein. Darin wies sie auf zahlreiche chronologische und thematische Lücken in der Geschichtsschreibung über Basel hin. Zwei Jahre später doppelte Marianne Schmid-Turnherr (Grüne) mit einem ähnlich gelagerten Anzug vom 9. März 1989 nach, in welchem sie die Regierung aufforderte, eine Geschichte der Region zu veranlassen.¹

Parlamentarische Mehrheit für eine neue Kantonsgeschichte

Der Zeitpunkt der Vorstösse war nicht zufällig gewählt. Im Nachbarkanton Baselland hatte der Landrat 1987 mit grossem Mehr einen Kredit von 9 Millionen Franken für eine neue Baselbieter Geschichte bewilligt. Zur Erarbeitung dieses Geschichtswerks war eine Forschungsstelle eingerichtet worden, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden beauftragt, die wichtigsten Forschungslücken zu schliessen. Ursprünglich hätten die beiden Kantonsgeschichten gemeinsam konzipiert und erarbeitet werden sollen. Da man im Baselbiet die Initiative jedoch nicht gefährden wollte, entschied man sich schliesslich gegen eine Erweiterung des Projektes. Als weitere Begründung für die genannten Anzüge diente zudem das sich langsam nähernde 500-Jahr-Jubiläum des Beitritts

1 Die meisten der im Folgenden verwendeten Quellen befinden sich in Unterlagen (StABS, PA 1116 C) zum Projekt, die Prof. Dr. Georg Kreis dem Staatsarchiv übergeben hat. Eine umfassende Darstellung bietet: Ders., Das Projekt «Neue Basler Geschichte», in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 43 (1993), S. 574–593. Vgl. zuletzt auch Patrick Künzle / Patrick Marcolli: Die Geschichte könnte sich wiederholen, in: Basler Zeitung 17.1.2011.

Basels zur Eidgenossenschaft. Im Jahre 2001, so der Plan, sollte die neue Kantongeschichte vorliegen.

Der Basler Regierungsrat erteilte im Frühjahr 1989 Prof. Georg Kreis den Auftrag, ein Konzept für eine neue Basler Geschichte auszuarbeiten. Um ihn herum bildete sich eine Projektgruppe, welcher Hans Berner, Susanna Burghartz, Dorothee Rippmann, Philipp Sarasin, Charles Stirnimann, Andreas Staehelin und Regina Wecker angehörten. Das Projekt wurde dem Regierungsrat 1990 vorgelegt. Es orientierte sich weitgehend am basellandschaftlichen Modell. Während im Baselbieter Projekt aber die Dorfgesellschaft einen wichtigen Platz einnahm, war der Fokus der städtischen Variante entsprechend auf die Stadtentwicklung gelegt. Für die Erarbeitung war ein Zeitrahmen von zehn Jahren vorgesehen.

Allerdings entschied sich der Regierungsrat gegen das Projekt und empfahl dem Grossen Rat am 15. Mai 1991, beide Vorstösse abzuschreiben. Unter Berücksichtigung der Finanzsituation schien es ihm nicht opportun, einen Kreditantrag von 8,8 Millionen Franken vorzulegen. Das Parlament widersetzte sich der Regierung und liess beide Anzüge mit grosser Mehrheit stehen, was einer Aufforderung an den Regierungsrat gleichkam, dem Grossen Rat das Kreditbegehren vorzulegen. Bereits drei Monate später wurde den Grossrätinnen und Grossräten der «Ratschlag betreffend Bewilligung eines Gesamtkredites für die Jahre 1992–2001 zur Ausarbeitung der Neuen Basler Geschichte» vorgelegt. Am 25. September bewilligte das Parlament mit 48 gegen 28 Stimmen den auf zehn Jahre verteilten Kredit in vollem Umfang.²

Kantongeschichte vor dem Souverän

Die unterlegene bürgerlich-konservative Ratsminderheit – Mitglieder der LDP, weite Teile der CVP und kleinere Rechtsparteien wie die Schweizer Demokraten – konnte sich mit dem Kreditbeschluss nicht abfinden. Bereits am 9. November 1991 meldete die «Basler Zeitung» das Zustandekommen des Referendums mit rund 4000 Unterschriften.³ «Bravo», lobte das Gratisblatt «Basler Bebbi» die Initianten, die damit «der Verschwendungssucht ihrer Ratskollegen

2 Ratschlag Nr. 8272, den Mitgliedern des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zugestellt am 8. August 1991 (StABS, DS BS 9) und Protokoll des Grossen Rates vom 25. September 1992 (StABS, DS BS 6).

3 Basler Zeitung, 9.11.1991.

Einhalt» gebieten wollten.⁴ Im Abstimmungskampf um die neue Kantonsgeschichte standen denn auch finanzielle Argumente im Vordergrund: Für das Jahr 1992 war ein Staatsdefizit von 342 Millionen Franken budgetiert worden, zwei Jahre vorher hatte es nur 26 Millionen betragen. «Wir leben nicht in einem Geschichtsnotstand, aber in einem Finanznotstand», dramatisierte CVP-Grossrat Guido Appius im Vorfeld der Abstimmung die angespannte Finanzsituation. Er forderte die Stimmbürgerinnen und -bürger auf, zwischen wünschenswerten und notwendigen Projekten zu unterscheiden und entsprechend den Kredit für die neue Kantonsgeschichte an der Urne zu verwerfen.⁵

Es wurden aber auch inhaltliche Argumente gegen das Projekt vorgebracht: Während frühere Kantonsgeschichten jeweils von einem einzigen Autor geschrieben worden waren, sah das Konzept die Arbeit eines Teams vor, was den erfolgreichen Werber und Hobbyhistoriker Markus Kutter befremdete. Für ihn brauchte es «einen Kopf, der sie [die Geschichte] zu einem Gesamtbild ordnen will». Den Gegnern schien auch der sozialkritische Ansatz der neuen Generation von Historikerinnen und Historikern zweifelhaft. Markus Kutter formulierte stellvertretend sein Unbehagen, in dem er der Projektgruppe unterstellte, eine «Psychoanalyse» der Stadt anstelle einer Geschichte verfassen zu wollen.⁶ Zudem wurde die Verhältnismässigkeit von Ausgaben und zukünftigem Interesse am Werk hinterfragt. Die Gegner sahen nicht ein, weshalb das Historische Seminar der Universität diese Kantonsgeschichte der Stadt nicht einfach schenken könne, im Sinne eines Dankes für die Kosten, die es verursache.

Auf der Befürworterseite wurde ein Pro-Komitee gegründet, welches alt Ständerat Carl Miville präsierte: eine «freisinnig-rote Allianz», zu der unter anderem der Galerist Ernst Beyeler, die freisinnige Grossrätin Christine Heuss und der damalige Verleger der Basler Zeitung Hans-Rudolf Hagemann gehörten. In zahlreichen Vorträgen, Artikeln und Debatten wurde versucht, die Stimmbürgerschaft von der Notwendigkeit des Projektes zu überzeugen, mit Einblicken auf das Projekt neugierig zu machen und auch die damit verbundenen Ausgaben zu relativieren. Die Argumente der Gegner setzten sich aber letztlich durch. Am 21. Juni

4 Basler Bebbi, 23.10.1991.

5 Basler Zeitung, 15.6.1992.

6 Basler Zeitung, 17.6.1992.

1992 wurde das Kreditbegehren mit 71,1 Prozent Nein-Stimmen an der Urne wuchtig verworfen.

Dieses Ergebnis sollte lange nachwirken. Weitere Vorstösse schienen mit Blick auf das überdeutliche Resultat chancenlos. Eine moderne Gesamtschau der Basler Geschichte stand jahrelang nicht mehr zur Debatte. Zum 500-Jahr-Jubiläum 2001 erschien dann im Christoph Merian Verlag der von Georg Kreis und Beat von Wartburg herausgegebene Sammelband «Basel. Geschichte einer städtischen Gesellschaft». Er fusst im Kern auf einem Vorlesungszyklus zur Basler Geschichte im Lehrangebot des Historischen Seminars und bietet einen breiten Überblick, kann aber die Forschungslücken, die im Verlauf des Vorprojektes 1991 aufgezeigt worden waren, nicht schliessen.⁷

Weiterer Anlauf

Zehn Jahre nach dem gescheiterten Projekt prüften die Professoren Heiko Haumann, Georg Kreis und der damalige Staatsarchivar Josef Zwicker die Chancen für einen neuerlichen Anlauf zu einer Basler Kantonsgeschichte. Im Jahr 2002 wurde Daniel Hagmann, ehemaliger Mitarbeiter und Autor der Baselbieter Kantonsgeschichte, mit der Erstellung eines Vorprojektes beauftragt. Er arbeitete drei Varianten aus und setzte dabei auf eine breite Trägerschaft und eine gemischte Finanzierung. Nach ersten Abklärungen mit Stiftungen resignierten die Auftraggeber, das Projekt wurde nicht mehr weiterverfolgt.

Drei neue Vorstösse im Frühjahr 2008

Erst 2008 kam es zu neuen Vorstössen. Zwischen Februar und Mai wurden dem Regierungsrat vom Grossen Rat drei Anzüge zum Thema einer neu zu verfassenden Basler Kantonsgeschichte überwiesen. Die drei Anzugstellenden gingen dabei nicht ganz unabhängig voneinander vor, sondern formulierten ihr Anliegen jeweils im Wissen um den Inhalt der anderen beiden Vorstösse. Insofern ergänzen sich die drei Anzüge und zeigen das derzeitige Fehlen einer neuen Basler Kantonsgeschichte auf.

7 Darauf weisen die Herausgeber im Vorwort selber hin: «Das nun vorliegende Buch [...] will und kann aber kein Ersatz für die angestrebte umfassende Erarbeitung einer neuen Kantonsgeschichte sein.», S. 9.

Der Anzug von Roland Engeler-Ohnemus (SP) fordert die Schaffung eines Lehrmittels zur Geschichte der trinationalen Region. Dabei zählt er die zurzeit vorhandenen, bis zu beinahe fünfzigjährigen Publikationen auf und verweist auf das Fehlen eines Lehrmittels, das sich der Arbeitsmigrationsgeschichte, dem Genderaspekt, der Industriegeschichte Basels, aber auch der Geschichte der Region annimmt. Der Anzug von Isabel Koellreuter (SP) fordert in der Hauptsache eine neue, umfassende, wissenschaftlich erarbeitete Kantonsgeschichte. Sie nimmt dabei Bezug auf das 1992 vom Souverän abgelehnte Projekt, verweist auf die letzte, allerdings nur bis zur Reformation reichende Gesamtdarstellung von Rudolf Wackernagel aus den Jahren 1907 bis 1925 und führt als Beispiel die neue, umfassende Geschichte des Nachbarkantons Baselland auf. Der Anzug von Oswald Inglin (CVP) weist zuerst auf die 2008 laufenden, mittlerweile abgeschlossenen monographischen Buchprojekte⁸ zur Geschichte unseres Kantons hin und fordert die Koordination solcher Projekte zu einer umfassenden Publikation über die Geschichte Basels, die – sollte ein wissenschaftlich fundiertes Werk nicht möglich sein – auch einer breiteren Öffentlichkeit von Umfang und Präsentation her zugänglich sein sollte.

Die Antwort des Regierungsrates

Im November 2010 nahm der Regierungsrat fristgerecht zu allen drei Anzügen gemeinsam Stellung.⁹ Dabei war die politische Aktualität nicht ganz uninteressant. Einerseits gab es eine durch die Veröffentlichung des Entwurfs eines Kulturleitbildes lancierte Diskussion um ein sogenanntes «Haus der Geschichte» in Form einer Fusion des Historischen und des Antiken-Museums, andererseits war das Verhältnis zum Nachbarkanton Baselland aufgrund des dort anstehenden Referendums gegen eine erhöhte finanzielle Beteiligung am Theater Basel gestört; ein Umstand, der die regionalgeschichtliche Aufarbeitung der Kantonsteilung und ihrer bis heute nachwirkenden Bedeutung wieder hochaktuell erscheinen liess.

In seiner Antwort nahm der Regierungsrat zu den drei Anzügen relativ knapp Stellung. Einleitend stellt er fest, dass in Basel

8 Pierre Felder / Eva Gschwind: Grenzfall Basel-Stadt. Politik im Stadtkanton, Basel 2009; André Salvisberg (Hg.): Historischer Atlas der Region Basel. Geschichte der Grenzen, Basel 2010.

9 Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt an den Grossen Rat, 17.11.2010 (<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100370/000000370869.pdf>). Dort auch das Folgende.

eine grosse monographische Publikationstätigkeit zu historischen Themen bestehe und setzt damit schon den Grundtenor für die weiteren Ausführungen zu den einzelnen Anzügen.

Das Anliegen Isabel Koellreuters, eine akademische Kantonsgeschichte in Auftrag zu geben, erachtet der Regierungsrat in der Verwirklichung als zu teuer und räumt ihm im Hinblick auf eine mögliche Volksabstimmung vor dem Hintergrund des ersten Urnenganges von 1992 keine grossen Chancen ein. Zum Anliegen von Roland Engeler-Ohnemus stellt der Regierungsrat die Frage, «ob eine spezifisch auf unseren Kanton ausgerichtete Geschichte überhaupt im Lehrplan unserer Schule einen Stellenwert einnimmt, der diesen Aufwand [= Entwicklung eines neuen Lehrmittels; Anm. der Verfasser] rechtfertigen würde.» Er ist zudem der Auffassung, dass die vorhandenen Monographien in Ergänzung der allgemeinen Geschichtswerke zur Behandlung der lokalen Geschichte in der Schule ausreichen. Für das Anliegen Oswald Inglins ist aus Sicht des Regierungsrates «in der Öffentlichkeit kein dringender Wunsch nach einer solchen vom Staat verfassten Kantonsgeschichte wahrnehmbar», zudem verweist er wiederum auf die seiner Ansicht nach zahlreich vorhandenen Monographien. Abschliessend stellt er fest: «Die deutlichste Willensäusserung für eine – wie auch immer geartete – Kantonsgeschichte stellen die drei Anzüge selbst dar», und kommt zum Schluss, dass es nicht Aufgabe des Staates sei, eine neue Geschichte zu initiieren, sondern «eine Initiantengruppe aus der Zivilgesellschaft mit kongruenter Vorstellung über Ausrichtung und Umfang eines solchen Werks» müsse die Initiative ergreifen und für diese Idee auch einstehen. Dann könne die Regierung allenfalls einen solchen Anstoss unterstützen. Im Moment sei aber eine solche kongruent agierende Initiativgruppe nicht auszumachen. Aufgrund dieser Argumentation beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat folgerichtig, die drei Anzüge «abzuschreiben», d.h. für erledigt zu erklären.

Die ablehnende Haltung hat in der «Basler Zeitung» zu einer intensiven Berichterstattung geführt¹⁰ und dem Thema eine breitere Öffentlichkeit gegeben. Nun war man gespannt auf die Debatte im Grossen Rat, in der es darum ging, ob die drei Anzüge gemäss Antrag des Regierungsrates abgeschrieben oder «stehengelassen» würden. Im ersten Fall wäre das Geschäft erledigt, im zweiten müsste sich

10 Siehe Basler Zeitung, 8.1.2011

die Regierung innerhalb von zwei Jahren wiederum zum Anliegen äussern.

Da Isabel Koellreuter und Roland Engeler-Ohnemus zum Zeitpunkt der Debatte nicht mehr Mitglieder des Grossen Rates waren, versuchte Oswald Inglin an der Sitzung des Grossen Rates vom 3. März 2011, auch in ihrem Namen seine Kolleginnen und Kollegen dazu zu bewegen, die drei Anzüge stehenzulassen. Er konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf die Frage, ob es Aufgabe des Staates sei, Geschichtsschreibung zu initiieren. Dabei stellte er fest, dass Anfang des 20. Jahrhunderts der damalige Staatsarchivar Rudolf Wackernagel für das Schreiben seiner grossen wissenschaftlichen Geschichte Basels während zehn Jahren zu 50% von seiner angestammten Arbeit – wohlverstanden vom Staat – freigestellt worden sei. In diesem Zusammenhang stellte er auch die Frage, warum, wenn der Staat nicht im Sinne der Bewahrung der historischen Erinnerung an unser Staatswesen die Initiative ergreifen solle, es denn Staatsaufgabe sei, z.B. das Münster instand zu halten?

In der anschliessenden Debatte fand es ein Votant grundsätzlich schwierig, wenn ein Parlament Geschichte in Auftrag gebe, weil es damit auch Geschichte definiere und sage, welchen Zweck ein solches neues Werk zu erfüllen habe, in anderen Worten, dass mit einer «Staatsgeschichte» auch immer ein politisches Ziel verfolgt werde, und dass er dies als gefährlich erachte. Erziehungsdirektor Christoph Eymann ging in seinem Votum auf das Beispiel des Kantons Basel-Landschaft ein, zu dem er – «mit Respekt vor dem Partnerkanton» – sagte, dass nicht in jedem Gemeinwesen die gleich grosse Notwendigkeit vorhanden sei, die Identitätsbildung des Zusammengehörigkeitsgefühls als Kantonsangehörige zu fördern. Zur öffentlichen Debatte in den Medien führte er aus, dass sich ein gewisser Kreis von Interessierten sehr stark für dieses Anliegen gemacht und Empörung geschaffen habe. Aber Empörung sei noch kein Konzept, dies im Hinblick darauf, dass sich die Anliegen der drei Anzüge nur schwer unter einen Hut bringen liessen. Diese Argumente vermochten die Mehrheit des Grossen Rates nicht zu überzeugen, denn in der anschliessenden Abstimmung entschied man mit deutlichem Mehr, die drei Anzüge stehenzulassen.¹¹

Zu den oben erwähnten unterschiedlichen Stossrichtungen der Anzüge lässt sich sagen, dass jedem der in den Anzügen von Roland

11 Vgl. zu Debatte und Abstimmungsergebnis das entsprechende Grossratsprotokoll (http://www.grosserrat.bs.ch/geschaefte_dokumente/_/gr-sitzungen/1112/20110302/20110302-vp.pdf).

Engeler-Ohnemus und Oswald Inglin erwähnten Desideraten eine umfassende wissenschaftliche Geschichte unseres Kantons zugrunde liegen muss. Über die Frage, ob es opportun sei, wenn der Staat eine solche Untersuchung in Auftrag gibt, lässt sich sicher diskutieren; gefährlich kann das aber nur finden, wer dem demokratischen Staat unterstellt, mit einem solchen Auftrag quasi eine Staatsgeschichtsschreibung etablieren zu wollen. Es stellt sich auch die Frage, wie ein solches Projekt sinnvoll aufgelegt werden kann. Zunächst benötigt es einen sowohl historisch als auch in Projektarbeit qualifizierten Projektleiter oder eine qualifizierte -leiterin, der oder die bei einem solchen Unterfangen die «Player» ins Boot holen muss. Dies sind neben dem Historischen Seminar der Universität auch das Staatsarchiv, die Museen, vorab das Historische und das Antiken-Museum, die archäologische Bodenforschung sowie Körperschaften wie z.B. die Historisch-Antiquarische Gesellschaft und andere. Dann geht es darum, die Finanzierung zu sichern. Im Sinne der drei Anzüge wäre es jetzt Aufgabe der Regierung, eine Kommission zur Ausschreibung und Besetzung einer Projektleitung einzusetzen und die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Es wäre dann Aufgabe dieser Projektleitung, Umfang und Ausrichtung einer neuen Kantonsgeschichte vorzuschlagen und ein entsprechendes Projekt vorzulegen, über dessen Finanzierung der Grosse Rat und allenfalls der Souverän ein weiteres Mal abstimmen könnten. Die Finanzierung der Projektstelle kann die Regierung in eigener Verantwortung beschliessen. Es ist zu hoffen, dass aufgrund des Entscheids des Grossen Rates z. B. das Präsidialdepartement den Ball aufnimmt und in dieser Sache aktiv wird, nach unserer Ansicht eine angemessene und vornehme Aufgabe für dieses Departement.